

Dokumentation

Außenpolitik

Karsten Giese

China hilflos gegenüber Nordkorea

Anfang August 2006 äußerte sich Liu Jianchao, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, erstmals öffentlich deutlich ungehalten gegenüber den Entwicklungen in Nordkorea. In einem südkoreanischen Medieninterview sprach Liu von Meinungsverschiedenheiten, die im Vorfeld der nordkoreanischen Raketentests Mitte dieses Jahres aufgebrochen seien. Chinas Standpunkt sei gewesen, so Liu, dass es einem Raketenabschuss niemals zustimmen würde. Dass Nordkorea den wohlgemeinten Ratschlägen aus China nicht gefolgt sei, habe, so Liu weiter, negative Folgen für die Situation auf der koreanischen Halbinsel und insbesondere für Nordkorea selbst.

Erstmals gab mit Liu Jianchao auch ein chinesischer Regierungsvertreter unumwunden zu, dass man in Beijing über die innere Lage im nordkoreanischen Militär nicht gut informiert sei und Nordkorea sich weigere, den Ratschlägen des einzig verbliebenen Landes zu folgen, das Nordkorea zumindest offiziell noch freundschaftlich verbunden sei. Dem Vernehmen nach soll China nach den Raketentests auch seine Öllieferungen an Nordkorea deutlich eingeschränkt haben.

Insgesamt scheint jedoch Ratlosigkeit die Lage in der chinesischen Regierung zu

bestimmen. Medienberichten zufolge werde in China derzeit evaluiert, wie groß die strategische Bedeutung des ungeliebten Regimes in Nordkorea für Beijing überhaupt noch einzuschätzen sei und wie man die traditionellen Beziehungen zu dem Land angesichts wachsender politischer Kosten in der bisherigen Form aufrechterhalten solle. Andererseits dürfte nicht zuletzt die Furcht vor einer zunehmenden Eskalationsbereitschaft seitens der Vereinigten Staaten China dazu bewogen haben, mit Liu Xiaoming im September einen ausgewiesenen Amerika-Experten zum neuen chinesischen Botschafter in Nordkorea zu berufen. Auf chinesischer Seite dürfte sich der Eindruck verfestigt haben, dass die nordkoreanische Führung nicht in der Lage ist, die Wirkung ihrer Handlungen auf die USA und auch die Denkweise der Vereinigten Staaten hinreichend zu verstehen. Aus chinesischer Sicht kommt der gegenseitigen Perzeption und der Interaktion der USA und Nordkoreas eine entscheidende Bedeutung im Konflikt zu, während Beijings eigener Einfluss weiter zu schwinden scheint.

Auch den ersten eine Woche zuvor angekündigten unterirdischen Atomwaffentest Nordkoreas Anfang Oktober konnte Beijing nicht verhindern, obwohl dies seine zentralen strategischen Interessen verletzt. Hilf- und Ratlosigkeit signalisierte denn auch die folgende verbale Verurteilung aus Beijing. Die Demokratische Republik Korea habe die universale Opposition der internationalen Gemeinschaft gegen einen Atomwaffen-

test ignoriert, so die chinesische Reaktion. China, so heißt es weiter, verurteile dieses Verhalten ausdrücklich und fordere Nordkorea auf, sich zu seiner selbst eingegangenen Verpflichtung zur Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel zu bekennen und jegliche Aktivität zu unterlassen, die die Lage verschlechtern könne. Allerdings war mit dieser ersten Verurteilung des Atomwaffentests auch die Aufforderung an alle beteiligten Parteien verbunden, Ruhe zu bewahren und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. (ST, 9.8.06, 5.9.06; WSJ, 26.8.06; Choson Ilbo, 7.8.06, nach BBC PF, 11.8.06; ZTS, 8.9.06, nach BBC PF, 9.9.06; ARD Fernsehen, 9.10.06; XNA, 9.10.06)

Sino-japanischer Neubeginn mit Abe?

Noch nach der Amtsübernahme als japanischer Ministerpräsident durch Shinzo Abe war lediglich darüber spekuliert worden, ob es vielleicht ein chinesisch-japanisches Gipfeltreffen am Rande des im November 2006 anstehenden asiatisch-pazifischen Gipfels in Hanoi kommen würde. Nun wurden die „politischen Barrieren“, die von „bestimmten Politikern“ in Japan errichtet worden waren, überraschend aus dem Weg geräumt, und der neue japanische Ministerpräsident absolvierte seine erste Auslandsreise im neuen Amt am 8. Oktober 2006 in Form eines Antrittsbesuchs in Beijing.

Zwar war der letzte Besuch Koizumis als japanischer Ministerpräsident im Yasukuni-Schrein wie schon üblich mit scharfen Worten kritisiert worden, doch die Signale aus Beijing deuteten darauf hin, dass man

unter bestimmten Umständen eine Normalisierung der chinesisch-japanischen Beziehungen wünsche und der Amtswechsel in Tokio als willkommener Anlass dazu dienen könnte. Die chinesischen Massenmedien hielten sich in ihrer Kritik auffallend zurück. Die Kommentierung des Besuchs Koizumis im Schrein anlässlich des Jahrestages der japanischen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg fand nicht wie gewohnt auf den Titelseiten der Parteizeitungen statt. Auch über die Demonstration vor der japanischen Botschaft in Beijing fehlten Berichte und Bilder – deutliche Anzeichen für den Beginn der Post-Koizumi-Ära.

Chinesische Spitzenpolitiker hatten sich schon seit einiger Zeit einer veränderten Sprachregelung bedient, die es ihnen erlaubte, ohne größeren innenpolitischen Schaden die politische Eiszeit zwischen Japan und China zu beenden. Da war weniger von Besuchen des Yasukuni Schreins die Rede als vielmehr von „politischen Hindernissen“, einem „Problem“ oder einem „Widerspruch“. Auch Koizumi wurde seltener beim Namen genannt. Stattdessen war vermehrt von „bestimmten Personen“ in Japan die Rede. Der chinesischen Regierung ging es offensichtlich vorrangig um einen auch nach innen vertretbaren Rückzug von der bisherigen unnachgiebigen Position.

Wohlwollen und Pragmatismus war schon Anfang September signalisiert worden. Erstmals nach vier Jahren trafen sich wieder Delegationen beider Staaten zu einem Arbeitstreffen über Wirtschaftspolitik. Für ein direktes Treffen von chinesischen Spitzenpolitikern mit Shinzo Abe hatte Beijing allerdings verlangt, dieser müsse Besu-

chen des Yasukuni Schreins eine deutliche Absage erteilen. Ob Abe, der politisch als noch weiter rechts gilt als sein Vorgänger, dies tatsächlich getan hat, bleibt offen und interpretationsfähig.

Zumindest sendete er in den ersten öffentlichen Äußerungen nach seinem Amtsantritt Ende September die richtigen Signale an Beijing aus. China sei Japans wichtigster Partner, hieß es da, und er versprach, sich um die Reparatur der beschädigten bilateralen Beziehungen zu bemühen. Diese Erklärungen wurden unter anderem von Wen Jiabao öffentlich wohlwollend aufgenommen. Dieser gratulierte zum neuen Amt und erklärte, sein Land sei gewillt, sich ohne Unterlass um die Entwicklung guter nachbarschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu Japan zu bemühen. Abe sei in China willkommen, sofern zwischen China und Japan ein Konsens im Hinblick auf die Überwindung „politischer Hindernisse“ erzielt werden könne, die die bilateralen Beziehungen beeinträchtigten und der Förderung eines freundlichen und kooperativen Verhältnisses im Wege stünden.

Dennoch kam der frühe Antrittsbesuch überraschend. Ein Vertreter eines außenpolitischen Think Tanks in Beijing bemühte sich zu erklären, Abe habe Besuchen des Yasukuni-Schreins in seiner Funktion als Premierminister eine deutliche Absage erteilt. Das war von Beijing so gefordert worden. Allerdings behielt er sich vor, als Person nicht auf die Ausübung seiner Religionsfreiheit zu verzichten. Dies ist offensichtlich eine Konstruktion, mit der man in Beijing – vorerst und bis zur nächsten Meinungsverschiedenheit – leben konnte, um auf diese Weise als

erstes Land und wichtigster Staat in Asien die Huldigungen des neuen japanischen Ministerpräsidenten am 8. Oktober entgegenzunehmen.

Der Besuch eines anderen Staates der Region – Südkorea war die zweite Station – oder etwa der USA vor China wäre für Beijing offensichtlich schwerer zu ertragen gewesen. Wen Jiabao und Hu Jintao äußerten sich entsprechend anerkennend und zu Frieden über die Wahl Abes, China als erste Destination für eine Auslandsreise zu wählen. (SCMP, 16., 21.8., 27., 30.9.06; ST, 15., 17.8., 9.9.06; XNA, 27.9.06; NZZ, 28.9.06; chinabroadcast.cn, 7., 8.10.06)

EU verweigert China Erfüllung von Wünschen

In der ersten Septemberhälfte 2006 fand in Helsinki der neunte EU-China-Gipfel statt. Der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao kam zu Konsultationen mit EU-Kommissionspräsident Barroso und dem finnischen Premierminister Vanhanen zusammen, dessen Land gegenwärtig die EU-Präsidentschaft inne hat. Chinesischen Quellen zufolge hat es bei den Gesprächen einen Durchbruch gegeben. Dieser bezieht sich allerdings nicht auf den Doppelwunsch der chinesischen Regierung nach einer Aufhebung des gegen sein Land verhängten EU-Waffenembargos und der Anerkennung Chinas als einer vollwertigen Marktwirtschaft durch die Europäische Union. In beiden Fragen konnten keine greifbaren Fortschritte erzielt werden.

Beide Seiten waren sich in den Gesprächen allerdings einig, den strategischen Dia-

log zu vertiefen und effektiv zu kooperieren, da – so Außenkommissarin Ferrero-Waldner – beide Partner Schwergewichte auf der internationalen politischen Bühne seien. Aus diesem Grunde ist auch die Aufnahme von Verhandlungen über ein neues Rahmenabkommen über bilaterale Partnerschaft und Zusammenarbeit beschlossen worden. Dieses soll zukünftig das seit dem Jahr 1985 gültige Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit ablösen und der tatsächlichen Entwicklung der umfassenden Entwicklung der EU-China-Beziehungen auch auf politischem Gebiet angepasst werden. Neben dem Inhalt der Vereinbarung von 1985 sollen in das neue Abkommen auch Fragen wie die Einhaltung von Menschenrechtsstandards sowie die nachhaltige Entwicklung und der Schutz der Umwelt inkorporiert werden. Wen Jiabao gab gegenüber den Medien bekannt, beide Seiten wollten den politischen strategischen Dialog vertiefen und die substantielle Zusammenarbeit zu Fragen wie Handelskooperation, nachhaltige Entwicklung, Umweltschutz, soziale Sicherheit und Finanzdienstleistungen intensivieren. Darüber hinaus wolle man darauf hinarbeiten, zu einer stärkeren Koordination in internationalen Angelegenheiten zu finden.

Eine gemeinsame Schlusserklärung erkennt zwar die Wichtigkeit des von China vorgetragenen Anliegens, das Waffenembargo möge aufgehoben werden, grundsätzlich an, macht aber ebenso wie die ebenfalls allgemein aufgegriffene Frage der Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft keinerlei Zugeständnisse. Wen Jiabao hatte darauf hingewiesen, die Lösung dieser ausstehenden Fra-

gen sei im Interesse der Europäischen Union selbst, und je früher eine positive Entscheidung getroffen werde, desto mehr könnte die EU davon profitieren. Vertreter der Europäischen Union erklärten im Anschluss an den Gipfel hingegen im Zusammenhang mit einem Marktwirtschaftsstatus, es handle sich um eine rein technische Frage. Barroso benannte als die vier Kriterien, an denen China arbeiten müsse, den Grad der staatlichen Einflussnahme auf die Wirtschaft, das Insolvenzrecht, die Reform des Finanzsektors sowie den gesamten Bereich des Accounting. (NZZ, 11.9.06; SCMP, 10.9.06; XNA, 9., 10.9.06)

Wen Jiabao in Deutschland

Wen Jiabao nutzte seine Europa-Reise Mitte September 2006 auch zu einem Abstecher nach Deutschland. In Hamburg war er Gast auf dem 'Hamburg Summit' mit wirtschaftlicher Ausrichtung, der zeitgleich mit einer Reihe von Veranstaltungen unter dem Motto 'China Time' stattfand, die die wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen der Hansestadt mit China thematisierten. Tags darauf reiste Wen mit dem Zug nach Berlin weiter zu politischen Konsultationen mit Kanzlerin Merkel und Wirtschaftsminister Glos.

Während des Staatsbesuchs wurden acht gemeinsame Dokumente unterzeichnet, die diverse Kooperationsvorhaben in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie sowie Kultur beinhalten. Neben einem Rahmenabkommen über die Errichtung eines weiteren Konfuzius-Instituts in Hannover wurde auch eine Vereinbarung über den

Jugendaustausch geschlossen, die es im kommenden Jahr 400 Deutschen ermöglichen wird, im Rahmen des Programms erstmals China zu besuchen.

Auf dem Gesprächsprogramm standen neben allgemeinen Fragen der internationalen Politik insbesondere die Problemfelder des deutsch-chinesischen Verhältnisses. Deutschland, seit mehr als 30 Jahren wichtigster europäischer Handelspartner Chinas, beklagt in erster Linie den immer noch mangelnden Schutz geistiger Eigentumsrechte in China, die Produktpiraterie und den so genannten unfreiwilligen Technologietransfer von Unternehmen, die in China tätig sind. Wen Jiabao sicherte die Unterstützung der chinesischen Regierung in der Bekämpfung dieser illegalen Praktiken zu, berichtete über entsprechende chinesische Aktivitäten und verpflichtete sich ansonsten nicht zu weiteren konkreten Maßnahmen. Der chinesische Ministerpräsident unterrichtete Merkel weiterhin über die chinesische Politik bezüglich der Entwicklung von Hochtechnologie sowie der Innovation seitens Wirtschaftsunternehmen in seinem Land.

Die chinesische Regierung wünscht Wen Jiabao zufolge einen vertieften Dialog zwischen China und einem seiner wichtigsten Technologiepartner. Der bestehende Mechanismus der bilateralen Treffen zwischen den Regierungen und den Parlamenten beider Länder soll ausgebaut werden. Des Weiteren sehe man der ersten Runde des während des Besuchs von Bundeskanzlerin Merkel in China im Frühjahr vereinbarten strategischen Dialogs positiv entgegen. Für die Zukunft wollen beide Seiten ihr Augenmerk auf die Unterstützung von kleinen und mittleren

Unternehmen auf ihrem Weg nach China richten. Deutschland wünscht darüber hinaus auch mehr chinesische Investitionen, um der Schieflage in der bilateralen Wirtschaftsbilanz zu begegnen.

Deutlicher als Frau Merkel wurde nach eigenem Bekunden Wirtschaftsminister Glos in seiner Unterredung mit dem chinesischen Staatsgast. Der Presse teilte er mit, er habe an China appelliert, seinen Verpflichtungen zur Marktöffnung nachzukommen. Für deutsche Unternehmen in China müssten dieselben Bedingungen gelten wie für lokale. Auch hinsichtlich der in Europa politisch zunehmend kritisch bewerteten chinesischen Strategie zur Sicherung von Energiequellen im Ausland merkte Glos an, wer von der Öffnung der Märkte profitiere, müsse auch politische Verantwortung übernehmen. Insbesondere die Stützung von undemokratischen Regimen und die damit verbundene Verhinderung der Entwicklung von Praktiken guter Gouvernanz sind den europäischen Staaten zunehmend ein Stein des Anstoßes.

Im Hinblick auf den Mangel an wirksamem Schutz geistigen Eigentums in China erklärte Glos, derartige Rechtsverletzungen, wie sie in China an der Tagesordnung sind, seien inkompatibel mit den Grundsätzen einer Marktwirtschaft. Dies dürfte Wen Jiabao besonders getroffen haben, warb er doch gegenüber seinen deutschen Gesprächspartnern dafür, Deutschland möge nach der bevorstehenden turnusmäßigen Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft doch für die Gewährung des Status einer Marktwirtschaft für China durch die Europäische Union eintreten. Auch im Hinblick auf ein mögliches

Eintreten Deutschlands für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China riet Kanzlerin Merkel lediglich, China möge darüber weiter mit der EU-Kommission verhandeln. Sollte die Kommission zu der Überzeugung gelangen, die Zeit sei reif für eine Aufhebung, so werde Deutschland diese Entscheidung unterstützen. (SCMP, 14., 15.9.06; WSJ, 19.9.06; XNA, 14., 15.9.06)

Neue Aufgaben für die SCO

Am 15. September 2006 fand in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe das fünfte Gipfeltreffen der Ministerpräsidenten der Shanghai Cooperation Organization statt. Zentrales Verhandlungsthema war die Intensivierung der ökonomischen Interaktion und Kooperation zwischen den Staaten dieser Regionalorganisation. Insbesondere China ist bemüht, die SCO von einer Organisation zur Bekämpfung von Terrorismus und Separatismus zu einer umfassenden Regionalorganisation auszubauen und hat daher verschiedene Initiativen ergriffen.

Für die chinesische Regierung bedeutet dies in erster Linie, ihre politischen Ambitionen mit der Bereitstellung von Finanzmitteln zu unterstützen. Wen Jiabao erklärte in diesem Zusammenhang, sein Land beabsichtige bis zum Jahr 2010 den Handel mit den anderen SCO-Mitgliedsstaaten von derzeit jährlich 40 Mrd. US\$ auf 80 Mrd. US\$ im Jahr zu verdoppeln. Dies will die chinesische Regierung unter anderem dadurch ermöglichen, dass sie den Partnerländern Importe aus China durch die Gewährung von Vorkrediten im Umfang bis zu 900 Mio. US\$ zur Verfügung stellt. Auf diese Weise

hofft China, die bislang schleppende ökonomische Integration innerhalb der SCO zu fördern. Im Mittelpunkt stehen dabei grenzüberschreitende Verkehrsprojekte sowie die Bereiche Telekommunikation und Energie. Der Transportsektor stellt durch fehlende Infrastruktur neben bürokratischen Hindernissen offensichtlich das größte Hindernis für die Entwicklung von Warenaustausch und wirtschaftlicher Integration dar. Spezialisierte Arbeitsgruppen sollen konkrete Pläne und Pilotprojekte in allen genannten Bereichen entwickeln.

Offenkundig auf chinesische Initiative soll dem gemeinsamen Abschlusskommunique zufolge in diesem Zusammenhang insbesondere das Sekretariat der SCO aufgewertet werden. Dies gilt nicht zuletzt für die Ausgestaltung der politischen Beziehungen zu den neuen Beobachterstaaten in der SCO. Unter der Leitung des Generalsekretärs der SCO, Zhang Deguang, soll es demnach einen detaillierten Aktionsplan für die Kooperation der Gründungsmitglieder mit den Beobachterstaaten in den Bereichen Wirtschaft und Humanitäres ausarbeiten. Darüber hinaus wurde das Sekretariat ermächtigt, mit dem Sekretariat der ASEAN über die Möglichkeit zu Konsultationen und einen Erfahrungsaustausch in Bezug auf ökonomische, soziale, kulturelle und sonstige Themen von gemeinsamem Interesse zu verhandeln. Damit dürften erste Anzeichen für eine wachsende Vernetzung der asiatischen Regionalorganisationen gegeben sein. (XNA, 15.9.06)

Größter chinesischer UN-Einsatz im Libanon

Bereits vor der israelischen Invasion des Nordlibanons war China mit bis zu 187 Personen an der UN-Mission im Libanon beteiligt. Im September kündigte Wen Jiabao gegenüber europäischen Staatsmännern die Absicht seiner Regierung an, hier mehr Verantwortung übernehmen und das chinesische Kontingent auf 1.000 Mann aufstocken zu wollen. Bei den angekündigten 1.000 Mann wird es sich um das bisher größte chinesische Einzelkontingent im Rahmen von UN-Missionen handeln. Die chinesischen Soldaten sollen auf Basis der UN-Resolution 1701 entsandt werden, die zur Verhinderung weiterer Kämpfe zwischen Hisbollah und israelischen Streitkräften und zur Wahrung von Stabilität im Nordlibanon die Stationierung von bis zu 15.000 Blauhelmen vorsieht. Wen Jiabao kündigte weiterhin die Verdopplung der humanitären Hilfen, die China dem Libanon gewährt, auf insgesamt 40 Mio. Yuan RMB an.

Das chinesische Verteidigungsministerium wies darauf hin, dass die Volksrepublik China seit dem Jahr 1990 insgesamt etwa 6.000 Mann zur Teilnahme an friedenssichernden Missionen der Vereinten Nationen entsandt habe und damit im genannten Zeitraum insgesamt das größte Kontingent aller Ständigen Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrats gestellt habe. Bislang hatte es die VR China jedoch weitgehend vermieden, ihre Mannschaften an den Krisenherden direkten Gefahren auszusetzen und sich auf die Entsendung von Ärzten, Pflegeern, Ingenieuren, Fahrern, Polizisten und Militärbeob-

achtern beschränkt. Dies soll mit dem Libanon-Einsatz anders werden und einen Trend verstärken, der laut Verteidigungsministerium durch die Entsendung chinesischer Soldaten zu internationalen Hilfsoperationen bereits vor einiger Zeit eingeleitet worden war.

Nach internationaler Einschätzung will China mit dem neuen Engagement seine internationale Rolle stärken. Diese Übernahme von Verantwortung wird politisch allgemein begrüßt. Für das chinesische Verteidigungsministerium ist die verstärkte Teilnahme an internationalen Friedenseinsätzen nach eigenem Bekunden auch ein Weg, die chinesischen Streitkräfte in besserem Licht darzustellen und der in einigen Ländern aufgekommene These von der chinesischen Bedrohung entgegenzutreten. (SCMP, 18., 19.9.06; XNA, 21., 28.9.06)

Beijing fordert Geduld in Iran-Frage

In der internationalen Presse hieß es Anfang September 2006, der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao habe in einem Interview Sanktionen gegen den Iran nicht mehr prinzipiell ausgeschlossen. Dabei handelte es sich jedoch offensichtlich um eine zu weitgehende Interpretation des Gesagten. Schließlich wies Wen auch darauf hin, Sanktionen könnten unter den gegebenen Umständen auch kontraproduktiv sein.

Wen Jiabao unterstützte hingegen ausdrücklich die Bemühungen der Europäischen Union in der Streitfrage des iranischen Atomprogramms, die dem Ruf nach Sanktionen aus den USA zumindest zurückhaltend

gegenübersteht. Im Rahmen von Wens Europa-Reise anlässlich des EU-China Summit trafen sich am 7. September in Berlin auch die Unterhändler der mit dem Iran verhandelnden Nationen zu weiteren Gesprächen. Das Ergebnis dieses Treffens hatte Wen Jiabao in seinem Presseinterview bereits mit der Formulierung vorweggenommen, der Iran möge die Besorgnis der internationalen Gemeinschaft ernst nehmen und eine konstruktive Haltung in dem Konflikt demonstrieren. Die Differenzen hinsichtlich der Androhung bzw. Verhängung von Sanktionen gegen den Iran konnten hingegen auch auf diesem Treffen nicht ausgeräumt werden.

China begrüßte vielmehr ausdrücklich die folgenden Gespräche des Sicherheits- und Außenbeauftragten der EU, Javier Solana, mit dem iranischen Chefunterhändler Ali Asghar Soltanyeh am 9. September. China betont weiterhin, eine Lösung des Konflikts um das iranische Atomprogramm wäre auch hilfreich für den Friedensprozess im Nahen Osten, fordert aber weiterhin von allen beteiligten Parteien Geduld und Flexibilität, um eine friedliche Kompromisslösung herbeizuführen. Von einer Verschärfung der chinesischen Haltung gegenüber dem wichtigen Wirtschaftspartner Iran zeugt das nicht. (FAZ, 6.9.06; XNA, 10.9.06; Xinhua, 6., 7.9.06, nach BBC PF, 7., 9.9.06)

Erneut diplomatische Beziehungen zum Tschad

Nach einer Unterbrechung von fast zehn Jahren vermeldete Beijing am 6. August 2006 die Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Chi-

na und dem Tschad. Nur wenige Stunden zuvor hatte Taiwan seine diplomatischen Beziehungen zu dem afrikanischen Staat gekappt, um der erneuten politischen Niederlage im Kampf um diplomatische Anerkennung zumindest den Anschein eigener aktiver Gestaltung zu geben.

China und der Tschad hatten im Jahr 1972 diplomatische Beziehungen zueinander aufgenommen. Diese hielten jedoch nur bis 1997, als Taiwan sich in der Scheckbuchdiplomatie gegen Beijing durchsetzen konnte. Aus dem Außenministerium des Tschad verlautete anlässlich der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Beijing nach einer Pause von fast zehn Jahren denn auch, China werde die Regierung des Tschad in ihren Bemühungen um wirtschaftliche Entwicklung sowie den Schutz der Souveränität des Landes unterstützen. Insbesondere der letzte Teil der Aussage ist nicht ohne Pikanterie. Beijing hat in der Vergangenheit seinen Einfluss im Nachbarland Sudan erheblich ausgebaut, also in dem Land, von dem aus Rebellengruppen gegen die Regierung des Tschad operieren. Man geht weiterhin davon aus, dass China diese Guerillaorganisationen militärisch unterstützt hat.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und dem Tschad konnten nun nach mehrjährigen Geheimverhandlungen offensichtlich nur wieder aufgenommen werden, weil Beijing dem Tschad versichert habe, ein gutes Wort bei der Regierung des Sudan einzulegen, gegen die Rebellengruppen vorzugehen. Auch die militärische Unterstützung seitens Beijing sei eingestellt worden, hieß es weiter in der Presse. Aus Taiwan hieß es, die Regierung des Tschad habe

sich dem Druck gebeugt und hätte keine andere Wahl gehabt, um ihr eigenes Überleben zu sichern. (WSJ, 6., 7.8.06; ST, 12.8.06)

Kooperation mit Venezuela nicht gegen die USA gerichtet

Am 22. August 2006 landete der venezolanische Präsident Hugo Chavez zu seinem vierten Staatsbesuch in China seit seinem Amtsantritt. Damit unterstreicht er die Bedeutung, die China sowohl politisch als auch ökonomisch für sein Land inzwischen besitzt. Für Chavez ist die VR China in erster Linie ein begehrter Partner, um das Land von der US-amerikanischen Dominanz zu befreien.

Aus chinesischer Sicht stellt Venezuela einen Baustein in der Strategie zur Sicherung von Energierohstoffen weltweit. Der fünfgrößte Exporteur von Erdöl bietet sich nicht zuletzt aufgrund der ausgeprägten USA-Kritik der gegenwärtigen Regierung als Partner an. So wird Beijing das wirtschaftliche Engagement in dem lateinamerikanischen Land zusätzlich erleichtert. Im Mittelpunkt des chinesischen Interesses dürfte jedoch nicht eine gegen die USA gerichtete Geostrategie in deren eigenen politisch-ökonomischen Hinterhof sein. Vielmehr geht es um eine Diversifizierung und die langfristige Sicherung von Energieimporten. So beeilte sich China denn auch gleich in zwei Medienkommentaren sowohl vor als auch nach dem sechstägigen Staatsbesuch des venezolanischen Präsidenten dessen USA-Kritik damit zu entkräften, dass die Kooperation mit Venezuela keinesfalls gegen Dritte gerichtet sei. Mitglieder des US-Kongresses hatten bereits vor

den negativen strategischen Implikationen für die Vereinigten Staaten im Falle einer intensivierten Lieferbeziehung zwischen Venezuela und China gewarnt.

Aus Venezuela war zu vernehmen gewesen, das Land plane, bis zum Jahr 2012 den nach China gelieferten Anteil an seinen Ölexporten auf 45% zu steigern und damit die bisherige einseitige Abhängigkeit von den USA aufzubrechen. Auch China arbeitet in Richtung einer Ausweitung seiner Ölimporte aus Venezuela. So wurde bereits der Verkauf einer Reihe von chinesischen Öltankern an das lateinamerikanische Land vereinbart, um Lieferungen nach Asien auszuweiten. Bisher haben Lieferungen aus Venezuela einen eher geringen Anteil am chinesischen Markt.

Unter den vielen Kooperationsvereinbarungen, die von Chavez während seines China-Besuchs unterzeichnet wurden, befinden sich Verträge über chinesische Investitionen in die venezolanische Ölindustrie im Volumen von 2 Mrd. US\$. 9 Mrd. US\$ will die chinesische Wirtschaft in die Eisenbahn des lateinamerikanischen Landes investieren. In den Energiesektor sollen bis zum Jahr 2012 insgesamt 5 Mrd. US\$ aus China fließen. Darunter befinden sich Projekte zur gemeinsamen Exploration eines neuen Ölfelds ebenso wie die gemeinsame Herstellung von Förderanlagen durch ein chinesisch-venezolanisches Joint Venture in Venezuela. (FAZ, 26./27.8.06; SCMP, 25.8.06; ST, 25.8.06; WSJ, 29.8.06; RMRB online, 22., 25.8.06 nach BBC PF, 25., 26.8.06; ZTS, 22.8.06, nach BBC PF, 24.8.06)

Beijings Reaktion auf den Militärputsch in Thailand

Zwei Tage nach dem Coup d'Etat des thailändischen Militärs im September 2006 äußerte sich der chinesische Botschafter in Thailand, Zhang Jiujuan, dazu in einem Interview. In erster Linie betonte Zhang, dass die etwa 200.000 chinesischen Staatsbürger, die sich in Thailand aufhielten, zu keinem Zeitpunkt einer akuten Gefährdung ausgesetzt gewesen seien. Zwar habe die chinesische Botschaft in Bangkok über ihre Website die Einrichtung einer telefonischen Hotline bekannt gegeben, doch habe es keine Anrufe von chinesischen Bürgern in Thailand oder sonstige Bitten um Unterstützung gegeben. Dies zeige, so Zhang, dass die politischen und militärischen Kräfte Thailands in der Lage seien, ihre internen Probleme auf friedliche und harmonische Weise beizulegen.

Der Militärputsch ist aus chinesischer Sicht eine rein innenpolitische Angelegenheit, der keinerlei außenpolitische Dimension zu eigen ist. Nach Ansicht des chinesischen Botschafters existierten in Thailand zwar eine ganze Reihe politischer Parteien mit unterschiedlicher Programmatik. Allen sei jedoch gemeinsam, dass sie in ihrer positiven Bewertung der engen Beziehungen zur Volksrepublik China übereinstimmen. Auch der Coup d'Etat werde daran nichts ändern.

Am 2. Oktober begrüßte das chinesische Außenministerium auch die Einsetzung des neuen Ministerpräsidenten durch die Putschisten. Mit Surayud Chulanont war ein ehemaliger Militärkommandeur dazu bestimmt worden, nachdem eine Interimsver-

fassung in Kraft getreten war, die dem Militär erhebliche Machtbefugnisse einräumt und Einschränkungen von Versammlungs- und Pressefreiheit vorsieht. Im Gegensatz zu kritischen Äußerungen aus anderen asiatischen Staaten ließ das chinesische Außenministerium mitteilen, Beijing sei glücklich über die Stabilisierung der Lage in Thailand und wünsche Thailand eine harmonische und wirtschaftlich prosperierende Gesellschaft. (ZXS, 21.9.06, nach BBC PF, 23.9.06; WSJ, 2.10.06)

Innenpolitik

Katrin Willmann

Lokaler Korruptionsskandal mit nationaler Bedeutung

Seit August 2006 untersucht die Disziplin-kontrollkommission des ZK der KPCh einen der größten Finanzskandale in der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai. Damit initiierte sie eine großangelegte Antikorruptionskampagne innerhalb der politischen Führungsspitze und einiger Großunternehmen in Shanghai, die neue machtpolitische Konstellationen in Shanghai mit Auswirkungen auf die höchsten Parteikreise zur Folge hat.

Kernpunkt des Skandals ist der jahrelange Missbrauch von Geldern des Shanghaier Rentenfonds. Die Gesamtsumme soll mehr als ein Drittel des gesamten Rentenfonds betragen. So sollen illegale Darlehen in Höhe von 3,2 Mrd. Yuan RMB (320 Mio. Euro) in die Shanghai Fuxi Investment Holding Co. und 800 Mio. Yuan RMB (80 Mio. Euro)